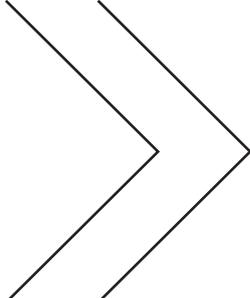


ENERGIESOUVERÄNITÄT UND KLIMASCHUTZ:

10 PUNKTE FÜR DIE ENERGIEZUKUNFT IM GEBÄUDEBEREICH

Der Krieg in der Ukraine, die daraus resultierende Energiekrise und die Klimaschutzziele machen eine Politik erforderlich, die konsequent auf eine Senkung des Energiebedarfs und auf Klimaneutralität hin ausgerichtet ist. Beides würde man im Gebäudesektor am besten durch den sofortigen Start einer Sanierungswelle erreichen, die vorrangig in den Gebäuden mit dem höchsten Energiebedarf startet. Die folgenden Politikmaßnahmen sind dafür aus Sicht der RTG zentral.

- 1.**
Moonshot statt Klein-Klein:
Ein starkes Politikprogramm
 - 2.**
Mindestenergie-standards für Bestandsgebäude jetzt einführen
 - 3.**
Anforderungswert der Gebäudehülle korrigieren
 - 4.**
Die richtigen Zielstandards setzen: Fokus auf Klimaneutralität
 - 5.**
Die richtigen Förderanreize setzen
 - 6.**
Innovationen unterstützen und fördern – vorhandene Produkte nutzen
 - 7.**
EU-Emissionshandel für Gebäude aufbauen
 - 8.**
Fachkräfteinitiative für den Bausektor starten
 - 9.**
Energieberatung weiter ausbauen
 - 10.**
Kommunikationskampagne für die Energiewende starten
- 
- 

Punkt 1

MOONSHOT STATT KLEIN-KLEIN: EIN STARKES POLITIKPROGRAMM

Herausforderung: Alle Szenarien zur Erreichung der Klimaschutzziele setzen voraus, dass im Gebäudesektor jetzt sofort eine Sanierungswelle starten und über Jahrzehnte anhalten muss.

Lösungsvorschlag: Das von der neuen Bundesregierung angekündigte Klimaschutz-Sofortprogramm muss im Gebäudesektor die Weichen stellen, um diese Sanierungswelle kompromisslos anzuschieben. Alle verfügbaren Politikinstrumente müssen genutzt und in *einem* starken Klimaschutzsofortprogramm zusammengebunden werden, das erstmalig die Ziele mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht. Dafür sind weiterhin die im Klimaschutzgesetz definierten Sektorziele samt Evaluation erforderlich. Jährlich weitere Sofortprogramme werden dann nicht mehr nötig sein.

Punkt 2

MINDESTENERGIESTANDARDS FÜR BESTANDSGEBÄUDE JETZT EINFÜHREN

Herausforderung: Das Ordnungsrecht setzt bisher lediglich energetische Mindestanforderungen an Neubauten und Sanierungen, sofern sie stattfinden – es löst aber praktisch keine Sanierungen aus. Die Gebäudesanierung ist freiwillig. Das ist unter dem erheblichen Druck des Klimaschutzes und der notwendigen Einsparung fossiler Energieträger nicht länger zeitgemäß.

Lösungsvorschlag: Die Bundesregierung sollte die EU-weite Einführung von Mindestenergiestandards für Bestandsgebäude unterstützen und diese schnellstmöglich in Deutschland etablieren. Die EU-Kommission hat dafür im Entwurf der Gebäuderichtlinie (EPBD) einen vernünftigen Ansatz gefunden: mit moderaten Verpflichtungen und ausreichender Vorlaufzeit. Die Bundesregierung sollte bereits jetzt mit vorbereitenden Arbeiten beginnen und nicht auf die EPBD warten. Die verpflichtenden Mindestenergiestandards sollten mit einer adäquaten Förderung begleitet werden. Für soziale Härtefälle ist eine Sonderregelung erforderlich.

Punkt 3

ANFORDERUNGSWERT DER GEBÄUDEHÜLLE KORRIGIEREN

Herausforderung: Die im Ordnungsrecht, in der Normung und in den Förderrichtlinien verwendeten Anforderungswerte an die energetische Qualität von Gebäuden bestimmen, woran sich Planer und Eigentümer bei Neubau und Sanierung orientieren. Aber: Die Gebäudehülle wird von ihrem bisherigen Anforderungswert, dem spezifischen Transmissionswärmeverlust, nicht richtig beschrieben. Er erschwert die Planung der ökonomisch und energetisch richtigen Sanierung.

Lösungsvorschlag: Zunächst ist wichtig, dass eine sinnvolle Anforderung an die Gebäudehülle weiterhin nötig sein wird, um den Energieverbrauch auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen. Eine reine Ausrichtung auf Treibhausgas-Emissionen pro Quadratmeter ist nicht zielführend, da dies zwar zum Umstieg auf erneuerbare Energien, aber nicht zur Senkung des Energiebedarfs führen würde.

- Dieser Effizienzwert der Gebäudehülle hat bisher ausschließlich die Vermeidung von Energieverlusten in Bezug genommen. Damit greift er für die Zukunft zu kurz. In effizienten Gebäuden spielen auch Wärmegewinne aus der Sonneneinstrahlung durch die Fenster eine erhebliche Rolle und müssen ebenso bilanziert werden. Daher kann nur ein neuer Anforderungswert, der solare Energiegewinne beinhaltet, die Gebäudehülle richtig abbilden und dazu führen, dass ökonomisch und ökologisch richtige Gebäudehüllen entstehen.

Punkt 4

DIE RICHTIGEN ZIELSTANDARDS SETZEN: FOKUS AUF KLIMANEUTRALITÄT

Herausforderung: Die aktuell verwendeten Gebäudestandards – die sogenannten „Effizienzhäuser“ – adressieren nicht mehr das heutige politische Ziel eines klimaneutralen Gebäude-sektors. Ob beispielsweise ein Neubau als „Effizienzhaus 55“ dieses Ziel erfüllt, ist gar nicht klar, da dieser Standard nach wie vor auch mit fossiler Heizenergie erreichbar ist.

Lösungsvorschlag: Die Politik muss schnell definieren, was ein „klimaneutrales Gebäude“ ausmacht. Aus unserer Sicht besteht es aus einer Heizung, die zu 100% erneuerbare Energien nutzt, und aus einer Gebäudehülle, die „klimaneutral ready“ ist – also energetisch so gut, dass sie erstens den Betrieb des Gebäudes mit erneuerbaren Energien und zweitens in der Gesamtbetrachtung einen klimaneutralen Gebäudebestand innerhalb der Limitierungen des Energiesystems ermöglicht. Darauf sollten neue Standards aufbauen, gesetzliche und förderrechtliche.

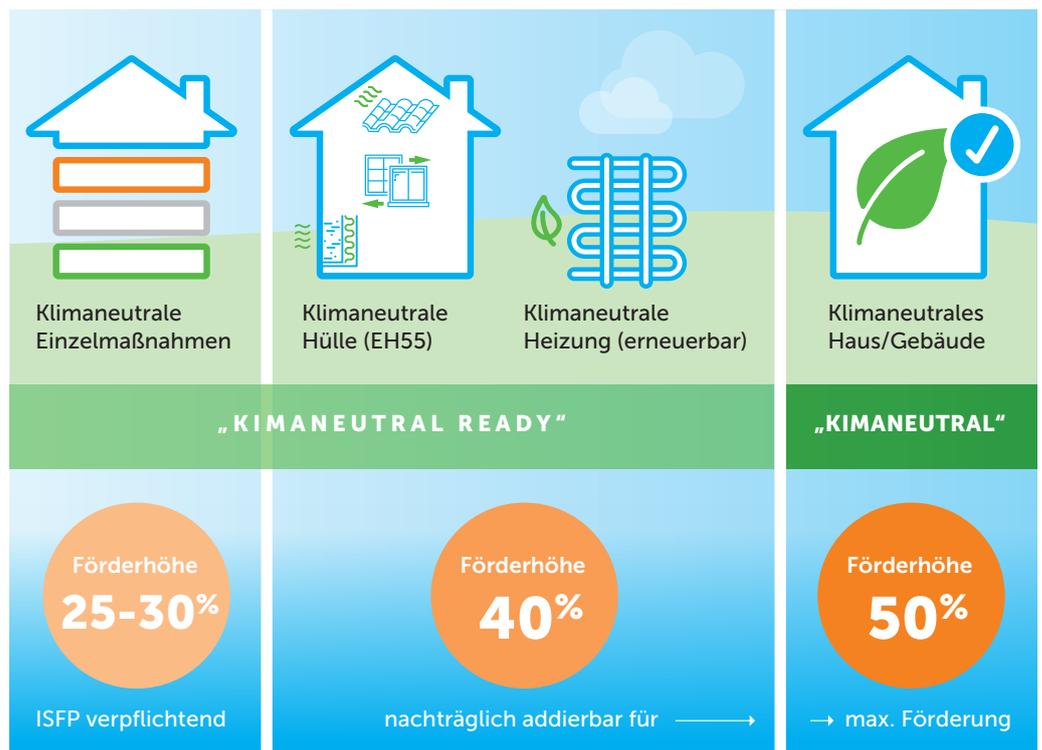
Punkt 5

DIE RICHTIGEN FÖRDERANREIZE SETZEN

Herausforderung: Die Förderung braucht eine neue Ausrichtung, da sie zwei zentrale Ziele nicht richtig adressiert: den klimaneutralen Gebäudebestand und die prioritäre Sanierung der schlechtesten Gebäude.

Lösungsvorschläge: Kurzfristig ist wichtig, die Sanierungsförderung für die Gebäudehülle auf das gleiche Niveau anzuheben, wie für erneuerbare Energien. Zudem muss der individuelle Sanierungsfahrplan mit der Förderung verbindlich verknüpft werden und die Grundlage für die schrittweisen Sanierungen bilden. Darauf aufbauend könnte für die jeweils energetisch schlechtesten Gebäude eine besonders hohe Förderung aufgesetzt werden, insbesondere wenn direkt eine umfassende, tiefe Sanierung vorgenommen wird.

- Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass in wenigen Jahren sehr ambitionierte gesetzliche Anforderungen an Sanierungen und Neubauten gelten werden. Dies macht erforderlich, dass in bestimmten Fällen, das – was gesetzlich gefordert wird – auch gefördert werden sollte. Dafür sollten jetzt die gesetzlichen Grundlagen gelegt werden.
- Das Fördersystem muss baldmöglichst auf einen „klimaneutralen Gebäudebestand“ ausgerichtet werden. Dafür schlagen wir das folgende Fördermodell vor:



Punkt 6

INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN UND FÖRDERN – VORHANDENE PRODUKTE NUTZEN

Herausforderung: Auch im Bausektor sind Innovationen wichtig, um Klimaziele schneller und kostengünstiger erreichen zu können. Aber: Sie dürfen nicht dazu führen, dass anstehende Modernisierungen aufgeschoben werden.

Lösungsvorschlag: Alle Produkte und Technologien für einen klimaneutralen Gebäudebestand sind vorhanden und müssen vor allem viel breiter eingesetzt werden. Dazu ist klare Kommunikation des Staates erforderlich. Gleichzeitig haben beispielsweise die serielle, industrielle Gebäudesanierung sowie modulare Sanierungsmethoden erhebliches Potenzial. Die Weiterentwicklung dieser Ansätze mit staatlicher Unterstützung und Forschungsprogrammen ist wichtig.

Punkt 7

EU-EMISSIONSHANDEL FÜR GEBÄUDE AUFBAUEN

Herausforderung: In seiner jetzigen Form / Ausgestaltung ist der CO₂-Preis in Deutschland weit davon entfernt, entscheidende Impulse für Investitionen in die Gebäudesanierung setzen zu können. Derzeit liefern die hohen Energiepreise einen Anreiz zur Sanierung. Sinken diese jedoch wieder, wird es wichtig, die Lenkungswirkung des CO₂-Preises massiv zu stärken.

Lösungsvorschlag: Der geeignete Weg dafür ist ein baldiger Einstieg in einen EU-weiten Emissionshandel für Wärmeenergie (ETS2). Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass der ETS2 auf der europäischen Ebene Akzeptanz findet und gestartet wird. Im jetzigen System sollte die Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Mieter und Vermieter perspektivisch nicht mehr auf der Heizkostenabrechnung, sondern auf dem berechneten Energiebedarf beruhen.

Punkt 8

FACHKRÄFTEINITIATIVE FÜR DEN BAUSEKTOR STARTEN

Herausforderung: Der Bausektor braucht einen Aufwuchs an Fach- und Arbeitskräften, um die Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes schultern zu können. Dafür ist politische Unterstützung notwendig.

Lösungsvorschlag: Kernelemente einer sinnvollen Fachkräftepolitik für die Energiewende im Gebäudesektor sind der Aufbau einer Fachkräftestrategie inkl. Monitoring und einer umfangreichen Kommunikationskampagne, staatliche Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung – insbesondere für zugewanderte Arbeitskräfte, Entbürokratisierung und staatliche Unterstützung für Gründungen, Attraktivierung des Bauhandwerks durch höherwertige Berufsbilder, Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Ausgleich von Gehaltsdifferenzen bei Branchenwechslern.

Punkt 9

ENERGIEBERATUNG WEITER AUSBAUEN

Herausforderung: Ein wesentlicher Schlüssel zur Investition in eine energetische Sanierung ist die Energieberatung, die nach wie vor zu unbekannt ist und zu wenig genutzt wird. Zudem werden für eine Sanierungswelle mehr qualifizierte Energieberater benötigt.

Lösungsvorschlag: Die Beratung selbst und die Nutzung von Instrumenten wie dem individuellen Sanierungsfahrplan braucht weiterhin starke Förderung. Auch eine Initiative für einen breiten Roll-Out der Energieberatung – beispielsweise 100.000 kostenfreie Initialberatungen – kann ein hilfreiches Instrument sein. Zudem sollte die Förderung für Einzelmaßnahmen der Sanierung künftig verbindlich an einen individuellen Sanierungsfahrplan gekoppelt werden.

Punkt 10

KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE FÜR DIE ENERGIEWENDE STARTEN

Herausforderung: Eine breite Sanierungswelle und die dafür nötigen Politikinstrumente fordern den Bürgern einiges ab und benötigen Akzeptanz. Ein gesellschaftliches Umdenken ist erforderlich.

Lösungsvorschlag: Jetzt ist die richtige Zeit, um breite Teile der Gesellschaft für einen Aufbruch zur Klimaneutralität mitzunehmen: Nicht nur die abstrakte Klimakrise, sondern auch die greifbaren Probleme der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zeigen, dass es nicht weitergehen kann wie bisher. Eine klare und breit angelegte Kommunikationskampagne muss die Energiewende im Gebäudesektor erklären und begründen sowie die Vorteile einer klimaneutralen und energiesouveränen Zukunft aufzeigen.

DIE REPRÄSENTANZ TRANSPARENTE GEBÄUDEHÜLLE (RTG)

Der Bundesverband Flachglas, der Industrieverband Rollläden Sonnenschutz Automation und der Verband Fenster + Fassade tragen zusammen mit den Unternehmen Somfy, Velux und Warema die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG). Gemeinsam wollen wir optimale Rahmenbedingungen für Gebäude schaffen, in denen wir klimafreundlich, gesund, komfortabel und bezahlbar leben können. Die RTG ist Impulsgeber und Dialogpartner für alle Politikakteure und Stakeholder, die die bau- und energiepolitischen Rahmenbedingungen gestalten.



KONTAKT

Thomas Drinkuth, Leiter der Repräsentanz
Unter den Linden 10 | 10117 Berlin | Telefon: 0160 - 96 228 006
drinkuth@transparente-gebaeudehuelle.de | www.transparente-gebaeudehuelle.de

Stand: Mai 2022

